

AVWL diskutiert mit AG Kommunalpolitik der CDU/CSU Bundestagsfraktion u. a. über Gleichpreisigkeit und Versandhandel

Vorstellung des Projektes Apotheke 2.0 zur Sicherstellung einer hochwertigen Arzneimittelversorgung in strukturschwachen Regionen

Münster/Berlin, 21. Februar 2019.

Am 12. Februar 2019 nahmen der Vorsitzende des Deutschen Apothekerverbands (DAV) Fritz Becker sowie der Vorsitzende des Apothekerverbands Westfalen-Lippe (AVWL) Dr. Klaus Michels zusammen mit den Vorstandsmitgliedern Thomas Rochell und Dr. Olaf Elsner an einer Sitzung der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik der CDU/CSU Bundestagsfraktion teil. Eingeladen hierzu hatte der Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Christian Haase. Ebenfalls anwesend war der Bundestagsabgeordnete Michael Henrich, seinerseits Berichterstatter der Arbeitsgemeinschaft Gesundheit der CDU/CSU Bundestagsfraktion.

Anlass für die Einladung war die Frage, wie die Arzneimittelversorgung im ländlichen Raum sichergestellt werden könne. Diskutiert wurde das Thema sowohl vor dem Hintergrund künftiger, insbesondere durch den demografischen Wandel zu erwartender Entwicklungen als auch mit Blick auf aktuelle Herausforderungen für die deutschen Präsenzapotheken.

Allgemein konsentiert wurde, dass die ländliche Versorgung schwieriger werde. Dem niederschwelligen Angebot der Vor-Ort-Apotheke komme dabei nach wie vor eine entscheidende Rolle zu. Darüber hinaus sei die Präsenzapotheke aus kommunaler Sicht – ganz generell – für den Strukturertalt von großer Bedeutung.

Die im Zuge des Rx-Boni-Urteils des EuGH vom 19. Oktober 2016 zwischen den ausländischen Versendern und den deutschen Apotheken entstandene Wettbewerbsverzerrung wurde als klarer Missstand gesehen. Zudem bestand Einigkeit, dass die zurückliegend durch das Bundesgesundheitsministeriums (BMG) vorgeschlagene gesetzliche Festschreibung von Boni zugunsten ausländischer Versender keinen sinnvollen Weg darstellt. Hierauf mit einem Versandhandelsverbot zu reagieren, sei laut Michael Henrich rechtlich zwar wohl möglich, aber im Regierungslager sehr umstritten und daher voraussichtlich auch nicht mehrheitsfähig. Die übrigen Eckpunkte des BMG-Vorschlags seien zu begrüßen. Insbesondere gelte dies für die Möglichkeit, über Dienstleistungsverträge spezielle pharmazeutische Leistungen künftig gesondert vergüten zu können,

so Henrich weiter. Der Absage an ein Versandverbot wurde teilweise entgegen gehalten, dass dieses nicht nur zur Wiederherstellung der Gleichpreisigkeit erforderlich sei, sondern der Versandhandel große Qualitätsdefizite aufweise und verschreibungspflichtige Arzneimittel daher auch insoweit ausgenommen sein sollten. Erwähnung fand zudem, dass der Koalitionsvertrag ein Verbot enthielte und dies nun auch umgesetzt werden müsse, da man anderenfalls seine Glaubwürdigkeit riskiere.

Interessante Aspekte für die Diskussion gingen von dem vorab vorgestellten und vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft geförderten Forschungsprojekt Apotheke 2.0 aus, das von der Universität Osnabrück, der Gesundheitsregion EURGIO und dem AVWL initiiert worden ist. Jüngst hatte der nordrhein-westfälische Gesundheitsminister Laumann für das Projekt zudem die Schirmherrschaft übernommen.

Präsentiert wurde das Projekt von Dr. Olaf Elsner, dem Projektverantwortlichen des AVWL, Christian Fitte, dem Doktoranden der Universität Osnabrück, sowie Thomas Nerlinger von der Gesundheitsregion EUREGIO. Alle drei verdeutlichten sehr anschaulich sowohl die Herausforderungen, denen sich strukturschwache Regionen gerade auch in der künftigen Gesundheitsversorgung ausgesetzt sehen, als auch die Chancen, die sich aus den im Fokus des Projektes stehenden Möglichkeiten der Digitalisierung für die Gesundheitsversorgung in diesen Regionen ergeben.

Das Projekt Apotheke 2.0 befasst sich mit innovativen Betreuungs- und Versorgungsformen, bei denen analoge und digitale Angebote zur Effizienz- und Qualitätssteigerung miteinander verbunden werden, ohne den persönlichen, empathischen Patientenkontakt als integralem Bestandteil einer Gesundheitsversorgung einzuschränken. Ziel dabei ist es, ein selbstbestimmtes Leben in der häuslichen Umgebung so lange wie möglich zu gewährleisten. Stationäre Behandlungen oder die Aufenthaltsdauer in Pflegeeinrichtungen können mithin reduziert werden, d. h. auch insoweit lassen sich positive Effekte für das Gesundheits- und Pflegesystem erzielen.

Die Ansätze des Projektes fanden bei den Anwesenden große Zustimmung. Nach Einschätzung des Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Kommunalpolitik, Christian Haase, leistet das Projekt, das im Kreis Steinfurt startet, einen wichtigen Beitrag für Lösungen einer zukunftsfähigen Gesundheitsversorgung auf dem Land und sollte auf jeden Fall bei weiteren gesundheits- und kommunalpolitischen Überlegungen Beachtung finden.

27. Februar 2019

